

Eurokolleg

44 (2000)

Wege, Umwege und Dritte Wege zu einem sozialen und demokratischen Europa

Von Michael Dauderstädt

- Die europäische Integration – wenig sozial und noch weniger demokratisch
- Europas Sozialdemokratie – nur zögerlich europäisch
- Dritte und andere Wege aus Europas verschiedenen Krisen
- Von der Standortkonkurrenz zum Politikwettbewerb
- Steinige Wege zur Wohlfahrtsunion
- Mehrebenendemokratie wagen!

Zusammenfassung:

1. Die langjährige Dominanz liberaler (und konservativer) Politik und die einseitige Betonung der Marktintegration haben in Europa ein Defizit an demokratischer Kontrolle, insbesondere der Marktprozesse, verursacht. Die soziale Rolle der Union – Vollbeschäftigung, sozialer Ausgleich – ist trotz einiger Ergänzungen, vor allem seit dem Vertrag von Amsterdam 1997, relativ unterentwickelt. Dies wiegt um so schwerer, je unbefriedigender das Ergebnis der marktgesteuerten Entwicklung ist, wenn also Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit zunehmen.

2. Diese Entwicklung reflektiert auch den relativ geringen Einfluss der europäischen Sozialdemokratie auf den Integrationsprozess. Deren Einwirkungspotential war anfänglich durch starke Europaskepsis und unterschiedliche nationale Prioritäten reduziert. Dabei waren

die Unterschiede zwischen den Parteien in den „nationalpolitischen“ Fragen größer als in den „klassenpolitischen“ (Beschäftigung, Verteilung). Je mehr Sozialdemokraten national die Macht innehatten, desto weniger kooperierten sie auf europäischer Ebene. Diese Gefahr droht auch dem jüngsten Versuch einer gemeinsamen Strategie, dem „Dritten Weg“.

3. Diese gemeinsame Strategie ist aber weitgehend eine Fiktion. Denn Europas gemeinsame Krise von Massenarbeitslosigkeit und Überlastung der Sozialpolitik trifft die einzelnen Mitgliedstaaten dank ihrer unterschiedlichen Strukturen unterschiedlich. Entsprechend differenziert fallen die nationalen Krisenstrategien aus. Ende der 90er Jahre sind überall Fortschritte sichtbar. Fast alle Länder haben die Arbeitslosigkeit, ihre Haushaltsdefizite und die Staatsquote abgebaut. Die Vielfalt der dabei verfolgten Wege zeugt vom immer noch vor-

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

handenen Spielraum nationaler Politik, produziert aber auch einen schärferen Politikwettbewerb im Bereich der Sozial- und Beschäftigungspolitik.

4. Globalisierung und vertiefte Integration (Binnenmarkt, Währungsunion) verändern die Rahmenbedingungen sozialdemokratischer Politik in Europa. Nicht nur Unternehmen, sondern ihr soziales und politisches Systemumfeld treten in Wettbewerb. Zwar begrenzen die EU-Verträge schon lange den Wettbewerb nationaler Politiken, aber noch droht ein Unterbietungswettlauf, der stärker politisch herbeigeredet als ökonomisch begründet ist.

5. Eine europäische Wohlfahrtsunion muss vor allem Spielräume für die nationale Wachstums- und Verteilungspolitik sichern, sie aber auch dort europäisch ergänzen, wo die nationale Ebene überfordert ist. Die Konjunkturpolitik ist schon stark europäisiert. Um sozialen Ausgleich zu erzielen, müssen die ärmeren Regionen schneller als der EU-Durchschnitt wachsen und die sozial

schwächeren Bevölkerungsgruppen stärker am Wohlstand beteiligt werden. Kernproblem bleibt die Abwägung zwischen Beschäftigung und Einkommen. Hier bedrohen nationale Unterschiede den sozialen Konsens in Europa.

6. Angesichts der Unterschiede zwischen nationalen Problemstrukturen, Präferenzen und Politiken muss eine europäische Strategie Freiräume für die einzelnen Akteure mit Sicherheiten gegen Unterbietungswettläufe und Nullsummenspiele verbinden. Wegen der unterschiedlichen Staats- und Demokratieverständnisse fällt es auch den europäischen Sozialdemokraten schwer, gemeinsame Vorstellungen zur Demokratisierung der Integration zu entwickeln. Statt zentraler Vorgaben aus Brüssel müssen Dialog und Vernetzung von Entscheidungsträgern und Vertretern der Betroffenen auf allen Ebenen den Reformprozess steuern. Letztlich braucht ein soziales und demokratisches Europa eine kritische Öffentlichkeit auf allen Ebenen der Politik.

1. Die europäische Integration – wenig sozial und noch weniger demokratisch

Das konservativ-liberale Projekt der Integration

Die **Gründungs- und Aufbauphase** der europäischen Einigung war geleitet von Ideen und Personen, die überwiegend aus dem Lager der **konservativen, christlich-demokratischen Politik** kamen: Schuman, Adenauer, de Gaulle, de Gasperi, (Ausnahme: Spaak). Das viel später so genannte „Demokratiedefizit“ war damals eher ein gähnender Abgrund. Schon früh wurde außerdem der Vorrang des europäischen Rechts vor dem nationalen Recht deutlich, das letztlich sogar nationales Verfassungsrecht aushebeln kann. Im Zentrum der EWG stand der **Gemeinsame Markt**. Aber er war kein neoliberaler Selbstzweck, sondern ein Instrument, um den Frieden und die Freiheit zu wahren. Wirtschaftlich sollte der gemeinsame Markt beständiges und ausgewogenes Wachstum erreichen. Dazu war er in starke Sektorpolitiken (Landwirtschaft, Energie, Kohle und Stahl) ein-

gebettet, die alles andere als marktwirtschaftlichen Charakter hatten.

Der **soziale Gedanke** stand zwar nicht im Mittelpunkt der Integration, deren letzte Triebfeder eher friedenspolitisch war, aber er taucht an prominenter Stelle im Vertragstext („wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt“, „stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen“) auf. Der Umsetzung dieser Ziele dienten die Vorschriften des sozialpolitischen Kapitels des EWG-Vertrags (Art. 117-128 EWGV), insbesondere der dort eingerichtete Europäische Sozialfonds, sowie als beratendes Organ der Wirtschafts- und Sozialausschuß. Die Ausgaben für den Sozialfonds bildeten aber nur einen bescheidenen Teil des Haushalts der EWG und ihrer Nachfolgeorganisationen EG (Europäische Gemeinschaften) und EU (Europäische Union).

Die **Wachstumsphase der 60er Jahre** hatte einen relativ geringen Bedarf an sozialpoliti-

Der europäische Markt der frühen EWG war alles andere als frei.

scher Flankierung. Die Vollbeschäftigung feder- te den Strukturwandel (vor allem das epochale Schrumpfen der Landwirtschaft) ab. Die EWG trug dem 1964 mit der Einrichtung des struktur- politischen Teiles der Agrarpolitik Rechnung. Gleichzeitig stiegen die sozialen Erwartungen der Bevölkerung und artikulierten sich in einem **Linksruck**, der nicht nur Unruhen und Streiks mit sich brachte, sondern auch die sozi- aldemokratischen und linken Kräfte stärkte (SPD-Regierung in Deutschland, Labour in Großbritannien, Ende der Diktaturen in Grie- chenland, Spanien und Portugal, Wahlsieg der Sozialisten in Frank- reich), die auch damals modernere konjunktur- politische (keynesiani- sche) Konzepte vertrat. **Mit der ersten Er- weiterung um Groß- britannien, Dänemark**

und Irland im Jahre 1972 veränderten sich die sozialen Probleme der EG. Der 1975 neu geschaffene Regionalfonds sollte dazu beitragen, die Wohlstandsunterschiede im Integra- tionsraum abzubauen. Diese Aufgabe wurde mit **der Aufnahme der relativ armen Mittelmeer- länder Griechenland, Spanien und Portugal** besonders wichtig. Ihr politischer Einfluss stärkt die Umverteilungspolitik in der Gemeinschaft. In diese Periode fällt auch ein bemerkenswer- ter demokratischer Fortschritt in der europäi- schen Integration: **die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments (1979)**.

Die **Stagnationsphase Anfang der 80er Jah- re**, die durch geringes Wachstum, steigende Arbeitslosigkeit (Verlust von drei Millionen Arbeits- plätzen 1981-84) gekennzeichnet war, führte zu einer **Abkehr von sozialdemokratischen Kon- zepten**. Thatcher siegte in Großbritannien, Kohl verkündete die Wende in Deutschland und Mit- terrand musste sein Experiment des „Keyne- sianismus in einem Land“ abrupt beenden. Die Konservativen führten das anscheinende Zu- rückfallen Europas gegenüber den USA und Ja- pan auf zuviel Staat und zu wenig Markt zu- rück. Der nächste In- tegrationsschritt, **der Einheitliche Binnen- markt, sollte ab 1986/ 87** Abhilfe schaffen. Zentral war hier das Prinzip der „gegensei- tigen Anerkennung“ von Regelungen, das de facto einen Regulierungswettbewerb einführt, soweit keine gemeinsamen Standards festgelegt wurden. Aber auch hier dominierten Liberale

Der sozialdemokratisch orientierten Phase der 70er Jahre folgten die marktliberalen 80er Jahre.

Zunehmende Arbeitslosigkeit, Ungerechtigkeit und Europaskepsis prägten die frühen 90er Jahre.

und Konservative nicht völlig, sondern im eu- ropäischen Konsensverfahren fanden auch so- ziale Belange ihren freilich bescheidenen Platz. So wurde auf Druck der schwächeren Mitglie- dstaaten das Ziel des „wirtschaftlichen und so- zialen Zusammenhalts“ im Vertragswerk ver- ankert und mit der Reform der Regionalpolitik wurden die dafür vorgesehenen Mittel der Strukturfonds 1988 verdoppelt. Der Erfolg schien den Marktbeifürwortern Recht zu geben. Die zweite Hälfte der 80er Jahre brachte Wachs- tum und sinkende Arbeitslosenzahlen (die Rate in der EU fiel von 10% 1985 auf 7,7% 1990).

Auch die Zustimmung zur EG stieg in der Be- völkerung an und er- reichte 1990 einen Höchstwert.

Mit dem **Vertrag von Maastricht (1992)**

schritt die Vertiefung weiter mit einer **libe- ralisierungslastigen Schiefelage** fort. Die Wirtschafts- und Währungsunion, insbesonde- re **die einheitliche Währung**, hob weitere Schranken für die Marktkräfte auf und erwei- terte die Spielräume vor allem der Unterneh- men und Vermögensbesitzer. Einer aktiven Wirtschaftspolitik legten der Stabilitätspakt und die Maastrichtkriterien dagegen neue Beschrän- kungen auf. Immerhin stieg dank der Einrich- tung des Kohäsionsfonds und **der Erweiterung um Österreich, Schweden und Finnland** der Anteil der Strukturfonds am EU-Haushalt im Laufe der 90er Jahre deutlich an. Eine Sozial- charta, der allerdings Großbritannien noch nicht beitrug, legte einige grundsätzliche soziale Rechte der Arbeitnehmer fest, die aber meist unterhalb der nationalen Standards liegen. Die Rolle des Parlaments in den Entscheidungs- verfahren der EU wurde ebenfalls gestärkt.

Zwischen 1992 und 1994 stieg die **Arbeitslo- sigkeit**, die in der zweiten Hälfte der 80er Jah- re gesunken war, mit einem Verlust von fünf Millionen Arbeitsplätzen von 7,7% im Jahr 1990 auf ca. 11% Mitte der 90er Jahre. Auch

die Einkommensver- teilung innerhalb der EU hat sich im Laufe der 80er und 90er Jah- re verschlechtert. Die korrigierte Lohnquote sank von ca. 75% im

Durchschnitt der 70er Jahre auf ca. 68% Ende der 90er. Die **Umverteilung** wurde durch eine Verschiebung der Steuerlast auf die Schultern des Faktors Arbeit verstärkt, während der Fak-

tor Kapital steuerlich entlastet wurden. Trotz des Aufholens einiger armer Mitgliedstaaten, vor allem Irlands, blieb der Abstand zwischen den ärmsten und reichsten Regionen Europas weitgehend unverändert. Die Bürger reagierten mit wachsender **Europaskepsis**. Im EU-Durchschnitt sank die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft von über 70% im Jahr 1990 auf unter 50% 1997.

Die sozialdemokratische „Wende“

All dies bedrückte und empörte vor allem jene Teile der Bevölkerung, nämlich Arme, Lohnabhängige und die Bezieher der von Kürzungen bedrohten Sozialleistungen, die meist als ein wichtiger Teil des sozialdemokratischen Klientels und Wählerpotentials gelten. Ihre Steuern finanzieren immer stärker die öffentlichen Haushalte, obwohl ihr Anteil am Volkseinkommen sinkt. In der Tat gewannen zwischen 1993 und 1998 die Sozialdemokraten die Parlamentswahlen in Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Portugal und Schweden. Einen gegenläufigen **Machtwechsel** gab es nur in Spanien (1996), Irland (1997) und Österreich (2000), während in den übrigen Ländern (Niederlande, Belgien, Luxemburg) die Sozialdemokraten kontinuierlich an der Regierung beteiligt blieben.

Das **wieder erstarkende Gewicht sozialdemokratischer Kräfte** in Europa spiegelte sich auch im Amsterdamer Vertrag wider, der erste Korrekturen am liberalen Modell brachte. So erlaubte der Sieg der Labour-Partei der Regierung Blair, auch Großbritannien in den Geltungsbereich der Sozialcharta einzubeziehen

und sie zum Teil des neuen Vertrags zu machen. Die Sozialpartner haben weiter die Möglichkeit, verbindliche Regelungen aus eigener Initiative zu setzen. Ein neues Beschäftigungskapitel wies der Union besondere Verantwortung für den Arbeitsmarkt zu. Der „Beschäftigungsgipfel“ 1997 in Luxemburg legte beschäftigungspolitische Leitlinien fest. Bei den folgenden Gipfeln leiteten Kommission und Rat mehrere beschäftigungspolitische Prozesse ein. Auch die „Demokratisierung“ der Union machte einige Fortschritte. Die Befugnisse des Parlaments nahmen weiter zu, eine Unionsbürgerschaft wurde eingeführt und der Vertrag sieht die Suspendierung der Mitgliedschaft eines EU-Landes bei schwe-

ren Verletzungen der Menschenrechte vor. Diese „sozialdemokratische Wende“ muss ihre Wirkung aber erst noch entfalten. Zwar verbesserte sich die Wirtschaftslage (siehe Tabelle 1, S. 6) und die Zustimmung zur EU stieg wieder leicht an, aber die tiefere Krise ist noch bei weitem nicht überwunden.

Trotz dieser Veränderungen am Ende des Jahrzehnts kann die Union in ihrer gegenwärtigen Verfassung **nur bedingt als sozial und demokratisch** bezeichnet werden. In ihrem Kern ist sie ein marktgesteuertes Liberalisierungsprojekt, das nicht über einen staatlichen Rahmen verfügt. Öffentliche Aufgaben jenseits des Nationalstaats sind vertraglich zwischen den Mitgliedstaaten begründet und in allen wichtigen Bereichen von der Zustimmung des Rates abhängig, der sich zwar aus Vertretern demokratisch gewählter Regierungen zusammensetzt, aber selbst nicht gewählt ist. Auch die Mitglieder der EU-Kommission sind ernannt, wenn auch vom Parlament kontrolliert und absetzbar. Aus der Sicht der Unionsbürger entzieht sich das Entscheidungsverfahren der EU weitgehend einer demokratischen politischen Kontrolle. Ja, es erlaubt oft auch noch den eigenen gewählten Regierungen, sich aus der politischen Verantwortung zu stehlen, indem sie auf europäische Zwänge und Vorgaben verweisen.

Auch die soziale Komponente des Integrationsprojektes bleibt letztlich bescheiden. Die Masse des Unionsrechts, des *acquis communautaire*, dient der Fundierung des Binnenmarktes. Die sozialen Folgen bleiben den Mitgliedstaaten und ihren Gebietskörperschaften überlassen, die sich

– vor allem in der Währungsunion – eher in einer Kostensenkungskonkurrenz mit den anderen Standorten fühlen. Die **sozialpolitische Schwäche der Union** ist dabei sicher weniger einer Abneigung der Unionsorgane gegen ein europäisches Sozialmodell geschuldet als vielmehr der Skepsis einzelner Mitgliedstaaten (vor allem Großbritanniens, aber oft auch Deutschlands), der Sozialpolitik einen größeren Stellenwert allgemein und auf EU-Ebene insbesondere einzuräumen. Umverteilung (Transferzahlungen) findet am ehesten zwischen Staaten statt, die hier ihren politischen Einfluss für wirtschaftliche und finanzielle Vorteile ausnutzen.

Die EU-Integration als spezifische Ausprägung der Globalisierung teilt deren Asymmetrie, die

Die späten 90er Jahre brachten in fast allen Mitgliedstaaten Sozialdemokraten an die Macht.

Die europäische Integration weist soziale und demokratische Defizite auf.

über die **Liberalisierung der Märkte** die Freiräume der Gesellschaft – und in ihr besonders die der Mobilien, Mächtigen und Reichen – erhöht, ohne eine parallele Internationalisierung der öffentlichen und staatlichen Strukturen zu bewirken. Zwar erlaubt der sich andeutende europäische Suprastaat (oder besser: die Mehrebenenpolitik) weit mehr politischen Einfluss

auf die Marktprozesse als irgendeine vergleichbare Institution der *global governance* (IMF, WTO, ILO, Weltbank etc.) auf die Weltwirtschaft, aber die Liberalisierung geht im Binnenmarkt des Eurolandes auch viel tiefer. Letztlich überwiegt die „negative Integration“ mit integrierten Märkten und differenzierter Politik.

Die Liberalisierung der Märkte überwiegt die Harmonisierung der Politiken.

2. Europas Sozialdemokratie – nur zögerlich europäisch

Neben den Gewerkschaften sind die **sozialdemokratischen Parteien Europas** die Kräfte, von denen insbesondere eine soziale, aber auch eine demokratische Ausgestaltung der europäischen Integration am ehesten zu erwarten wäre. Einem derartigen Einfluss standen aber lange zwei Faktoren im Weg:

- die anfängliche **Europaskepsis** der Linken und
- die **nationalen Verschiedenheiten**, die es schwer machen, zu europaweit einheitlichen Vorstellungen und Programmen aller sozialdemokratischen Parteien zu kommen.

So übernahm die deutsche Sozialdemokratie erst mit dem Godesberger Programm - und auch dort nur maßvoll – die Integrationsidee. Die britische Labourparty trat dem europäischen sozialdemokratischen Parteienbund erst Jahre nach der Aufnahme Großbritanniens in die EU bei. In dem Maße, wie es Sozialdemokraten gelang, ihre Ziele (soziale Gerechtigkeit, soziale Demokratie) im nationalen Rahmen zu erreichen, betrachteten sie jede Einengung dieses Handlungsspielraums mit Skepsis.

Das relative Interesse der Sozialdemokraten an europäischer Kooperation, das während der Periode konservativer Dominanz zu beobachten war, ließ in der zweiten Hälfte der 60er Jahre deutlich nach. Die Möglichkeit, in der Regierungsverantwortung national eigene Politik zu machen, führte zu einer **Vernachlässigung der europäischen Ebene**. Bei der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979

konnten sich die Sozialdemokraten trotz der Gründung des „Bundes“ 1974 nicht auf ein gemeinsames Wahlprogramm einigen. Erst in den 80er Jahren nahm angesichts der erneuten liberalen „Wende“ in Europa die Kooperationsbereitschaft wieder zu.

Aber auch in den 90er Jahren war die Europa-Begeisterung bei der Linken schwächer ausgeprägt als bei den kontinentalen Liberalen oder Christdemokraten. Nur die (vor allem britischen) Konservativen, sowie natürlich die Kommunisten und Rechtsextremen sind deutlich europaskeptischer als die Sozialdemokraten.

Hartnäckiger ist die **Vielfalt sozialdemokratischer Programme und Politiken**, die eine europäische Abstimmung erschweren. Sie reflektieren unterschiedliche nationale Problemlagen, Entwicklungsniveaus, Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen sowie die historisch gewachsenen europapolitischen Haltungen der jeweiligen Eliten. Europapolitik ist zunächst Außenpolitik. Sieht man vom Friedensziel ab, so hat die sozialdemokratische Kernprogramm-

matik, der es um die Mehrung des Wohlstands und seine gerechte Verteilung geht, wenig originäre außen-, ganz zu schweigen europapolitische Inhalte. In den zentralen europapolitischen Fragen

der EU-Institutionen und -Finanzen sowie bei vielen einzelnen Politiken wie etwa bei der Erweiterung **dominieren nationale Haltungen über spezifische Parteipositionen**. Ein Überblick über sozialdemokratische Positionen bestätigt dies.

Je stärker der Einfluss der Sozialdemokratie auf die jeweilige nationale Politik war, desto schwächer war ihr Interesse an einer Gestaltung der EU.

Sieht man vom Friedensziel ab, so hat die gesellschaftspolitisch geprägte Kernprogrammatische Sozialdemokratie wenig originäre außen- und europapolitische Inhalte.

Tabelle 1: Nationale sozialdemokratische Positionen zur finalité der Europäischen Integration und zur Reform der EU-Institutionen

Partei	finalité 1990-97	funktionale Reichweite der Integration 1990-97	GASP nach 1992	institutionelle Strukturprinzipien 1990-97	Unionsbürgerschaft (1993-96)
SPD (Deutschland)	Verfassung	Binnenmarkt, Arbeitsmarktpolitik, Umweltpolitik, Verbraucherschutz, Sozialpolitik	für GASP, keine Fusion mit WEU, Kooperation mit OSZE	Zweikammersystem, mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat, doppelte Mehrheit, mehr Kontrolle durch nationale Parlamente, Kompetenzenliste	Grundrechtekatalog, soziale Grundrechte stärken
PSF (Frankreich)	Föderation, Verfassung	Binnenmarkt, EWWU, Arbeitsmarktpolitik, Fiskalpolitik, Energiepolitik, Sozialpolitik	für GASP, Neutralität, Fusion mit WEU	mehr Macht für den Rat, mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat, doppelte Mehrheit, Initiativrecht des EP, mehr Kontrolle durch nationale Parlamente, mehr Subsidiarität, Kompetenzenliste	Grundrechtekatalog, soziale Grundrechte stärken
PDS (früher PCI) (Italien)	Föderation, Verfassung	EWWU, Umweltpolitik, Sozialpolitik	für GASP, Europäische Armee, Kooperation mit OSZE	mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat, doppelte Mehrheit, weniger Subsidiarität, Kompetenzenliste	Grundrechtekatalog, Unionsbürgerschaft, soziale Grundrechte stärken
PvdA (Niederlande)		Binnenmarkt, Umweltpolitik, Energiepolitik, Sozialpolitik	für GASP, Fusion mit WEU	mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat, doppelte Mehrheit	soziale Grundrechte stärken
PS (Belgien)	Verfassung	Binnenmarkt, Arbeitsmarktpolitik, Fiskalpolitik, Sozialpolitik	für GASP, Kooperation mit OSZE	Zweikammersystem, mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat	EU-Beitritt zur EMRK
SD (Dänemark)	Kooperation EU kein Staat	Arbeitsmarktpolitik, Umweltpolitik, Verbraucherschutz, Sozialpolitik	keine Fusion mit WEU	mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat Initiativrecht des EP, mehr Kontrolle durch nationale Parlamente, mehr Subsidiarität, Kompetenzenliste	soziale Grundrechte stärken
PASOK (Griechenland)	Verfassung	Binnenmarkt, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik	für GASP, Fusion mit WEU, Pfeiler der NATO	Zweikammersystem, mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat, mehr Subsidiarität	Grundrechtekatalog, EU-Beitritt zur EMRK, soziale Grundrechte stärken
PSOE (Spanien)	Föderation, mehr als eine Freihandelszone	Binnenmarkt, EWWU, Umweltpolitik, Sozialpolitik	für GASP, Kooperation mit OSZE	mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat, doppelte Mehrheit, Initiativrecht des EP, mehr Kontrolle durch nationale Parlamente, weniger Subsidiarität	EU-Beitritt zur EMRK, Unionsbürgerschaft, soziale Grundrechte stärken
Labour (Irland)	EU kein Staat	Binnenmarkt, Arbeitsmarktpolitik, Umweltpolitik	für GASP	mehr Subsidiarität	Unionsbürgerschaft, soziale Grundrechte stärken
Labour (Großbritannien)	Konföderation, EU kein Staat	Binnenmarkt, Arbeitsmarktpolitik, Umweltpolitik, Sozialpolitik	für GASP, als Pfeiler der NATO	mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat, doppelte Mehrheit, Initiativrecht des EP, mehr Kontrolle durch nationale Parlamente, mehr Subsidiarität	EU-Beitritt zur EMRK, soziale Grundrechte stärken
SPÖ (Österreich)	Föderation	EWWU, Arbeitsmarktpolitik, Umweltpolitik, Sozialpolitik	für GASP, Neutralität, Kooperation mit OSZE	Zweikammersystem, mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat, Initiativrecht des EP, weniger Subsidiarität	Grundrechtekatalog, EU-Beitritt zur EMRK, soziale Grundrechte stärken
SD (Schweden)	EU kein Staat	Arbeitsmarktpolitik, Umweltpolitik, Verbraucherschutz, Sozialpolitik	für GASP, Neutralität, keine Fusion mit WEU	mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat, doppelte Mehrheit, mehr Kontrolle durch nationale Parlamente	Unionsbürgerschaft, soziale Grundrechte stärken
SSP (Finnland)	Konföderation, EU kein Staat	Binnenmarkt, EWWU, Arbeitsmarktpolitik, Umweltpolitik, Energiepolitik, Sozialpolitik	für GASP, Neutralität	mehr Kontrolle durch nationale Parlamente, mehr Subsidiarität	

Quelle: Andreas Maurer: Der Wandel europapolitischer Grundorientierungen nationaler Parteien in der Europäischen Union, in Mathias Jopp, Andreas Maurer, Heinrich Schneider: Europapolitische Grundverständnisse im Wandel. Analysen und Konsequenzen für die politische Bildung, iep Analysen 14, Bonn 1998, S. 301-364

Die Tabelle bestätigt naheliegende Vermutungen: In eher euroskeptischen Ländern wie Grossbritannien oder Dänemark und den Neumitgliedern Schweden und Finnland (Ausnahme: Österreich) standen auch die Sozialdemokraten einer Vertiefung in Richtung auf einen europäischen Bundesstaat ablehnend gegenüber. Dem entspricht auch eine Präferenz für die Einstimmigkeit, die ein nationales Votum bei EU-Entscheidungen erlaubt. Mehr Gemeinsamkeiten zeigen sich in der Frage der parlamentarischen Kontrolle, bei der fast alle dem Europäischen Parlament mehr Macht geben wollen, die euroskeptischen Länder aber gleichzeitig auch mehr Kontrolle durch die nationalen Parlamente fordern. Während eine Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien eine **stärkere Rolle der EU in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik** wünscht, sind die Haltungen zu außenpolitischen Fragen sehr viel unterschiedlicher. Zwar treten alle für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ein, aber die konkrete Orientierung reicht von einer engen Bindung an die NATO bei den Briten bis zur Neutralitätsforderung bei den Neumitgliedern. Die Zusammenarbeit mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und eine Fusion mit der Westeuropäischen Union (WEU) gehören ebenfalls zu den umstrittenen Punkten. Selbst bei der Frage der Unionsbürgerschaft findet sich die größte Übereinstimmung in der Forderung, die **sozialen Grundrechte** zu stärken, während sich die Parteien bei anderen Punkten (Grundrechtekatalog, Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention – EMRK) eher uneinig sind.

Trotz ihres Eintretens für ein sozialeres Europa neigen die Sozialdemokraten in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik letztlich mehr zu nationalen Lösungen.

Meinungsunterschiede innerhalb der Parteien komplizieren das Bild weiter. Die Sichtweisen zur europäischen Integration reichen von traditionell linker Skepsis („das Europa des Kapitals“) über die Sichtweise, dass die EU ihre Mitglieder vor der Globalisierung und amerikanischer Hegemonie schützen könne, bis zur Hoffnung auf einen europaweiten Wohlfahrtsstaat. Die Positionen von regionalen Teilmemberungen von Parteien können von denen der nationalen Spitze abweichen. So setzen auch sozialdemokratisch regierte deutsche Länder andere europapolitische Akzente als die ebenfalls sozialdemokratisch geführte Bundesregierung.

Traditionell nahmen diese Divergenzen in Zeiten sozialdemokratischer Regierungsverantwortung in den Mitgliedstaaten zu. Es bleibt abzuwarten, ob die Anfang der 90er Jahre sich abzeichnende Konvergenz der verschiedenen Parteien in den „klassenpolitischen“ Kern-

bereichen sozialdemokratischer Programmatik, nämlich soziale Sicherung und Beschäftigung, anhält. Angesichts der durch die Massenarbeitslosigkeit bedingten Krise beider Bereiche erhoffen

sich die meisten Parteien hier Hilfe auf europäischer Ebene. Das **Blair-Schröder-Papier** postulierte 1998 einen neuen, liberaleren Konsens der europäischen Sozialdemokraten, betonte aber auch die nationale Verantwortung und schlug einen gegenseitigen Lernprozess vor. Wieweit die Einigkeit bei den konkreten Maßnahmen zur Überwindung der Krise wirklich reicht, bleibt somit abzusehen (vgl. unten). Bis jetzt überwiegen in den mehr nationalpolitischen Politikfeldern die Divergenzen.

In aussen- und sicherheitspolitischen Fragen überwiegt auch bei der Sozialdemokratie die nationale Orientierung.

3. Dritte und andere Wege aus Europas verschiedenen Krisen

Mit Konzepten des „Dritten Weges“ oder des „modernen Regierens“ versuchten die Sozialdemokraten eine **Antwort auf die europäische Krise der 90er Jahre** zu finden, die nicht den Makel der in der Stagnationsphase von 1973-85 gescheiterten Rezepte trägt. Eine derartige Strategie muss auf eine Krise reagieren, die viele zusammenhängende Facetten hat: die Wachstumsschwäche, die eine der Hauptursachen der Massenarbeitslosigkeit ist; der zögerliche Struk-

turwandel zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft, der ebenfalls zur Arbeitslosigkeit beiträgt; die Überlastung der öffentlichen Haushalte, die vor allem durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufen wird, aber zusätzlich durch die demographische Entwicklung (den zunehmenden Anteil alter Menschen an der Bevölkerung) verschärft wird; die Öffnung der globalen Märkte, die den Strukturwandel beschleunigt, damit die Arbeitslosigkeit in ihrer

Tabelle 2: Europas Schwächen

Land	Arbeitslosigkeit in % 1994	Staatsdefizit in % des BSP 1994	Anteil der über 65-Jährigen 1998 -2015	Anteil der Dienstleistungen am BSP in % (1997/8)
Belgien	10,0	-5,1	16,4 - 19,1	70,0
Dänemark	8,2	-3,9	15,2 - 19,2	69,2
Deutschland	8,4	-3,5	15,9 - 20,3	44,1
Finnland	18,4	-6,2	14,6 - 20,1	61,7
Frankreich	12,3	-5,6	15,6 - 18,4	71,5
Griechenland	8,9	-12,1	17,1 - 21,4	71,7
Großbritannien	9,6	-6,8	16,0 - 18,7	66,7
Italien	11,4	-9,0	17,6 - 22,6	66,9
Irland	14,3	-1,7	11,4 - 13,6	60,6
Luxemburg	3,2	2,6	14,1 - 17,0	..
Niederlande	7,2	-3,4	13,6 - 18,5	70,0
Österreich	3,8	-4,4	14,7 - 17,8	68,1
Portugal	7,0	-5,8	15,4 - 18,2	60,9
Schweden	9,8	-10,8	17,4 - 21,8	71,2
Spanien	24,1	-6,3	16,5 -19,7	25,1

Quelle: Eurostat, UNDP

Zusammensetzung beeinflusst und die Steuerbasis des Staates gefährdet.

Europas verschiedene Krisen

Die **wirtschaftliche und soziale Situation in Europa** ist alles andere als einheitlich. Wie die Tabelle 2 zeigt, war im Krisenjahr 1994 die Arbeitslosenrate zwar überall relativ hoch, variierte aber zwischen annähernder Vollbeschäftigung in Luxemburg und Österreich und extremer Massenarbeitslosigkeit in Spanien. Ähnlich schwankte das Staatsdefizit zwischen bedenklichen zweistelligen Beträgen in Griechenland und Schweden und einem fast ausgeglichenen Haushalt in Luxemburg. Die demographische Entwicklung belastet alle Länder außer Irland, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Der Dienstleistungssektor ist vor allem in Deutschland und Spanien zurückgeblieben.

Die **strategischen Antworten der Sozialdemokraten** unterscheiden sich ebenfalls be-

trächtlich. Zwar befürwortet kaum eine Partei traditionelle Antikrisenpolitiken mit schuldenfinanzierten Beschäftigungsprogrammen. Dem steht schon zumindest im Euroland der Druck, die Maastrichtkriterien zu erfüllen, entgegen. Aber innerhalb und auch jenseits des Spektrums, das seit 1997 „Dritter Weg“ und seit 2000 „Progressive Governance“ genannt wird, hat sich eine Vielfalt von Wegen entwickelt, wie es auch Wolfgang Merkel und Wolfgang Thierse 1999 in einem Papier der SPD dargelegt haben, das als Reaktion auf das Blair-Schröder-Papier von 1998 entstand. Diese unterschiedlichen Ansätze sind einerseits durch die unterschiedlichen Strukturen der europäischen Gesellschaften und Wohlfahrtsstaaten geprägt, die teilweise ihrerseits das Produkt vergangener sozialdemokratischer Politik sind, resultieren andererseits aus den verschiedenen Problemlagen in den einzelnen Ländern.

Die Strategiewahl hängt zunächst von den historisch gewachsenen Strukturen des Wohlfahrtsstaates, seiner Finanzierung und des Arbeitsmarktes ab:

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Mitgliedstaaten unterscheiden sich beträchtlich.

Tabelle 3: Mindesteinkommensregelungen und Sozialausgaben in der EU

Land	Mindesteinkommen in % des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens 1995	Sozialausgaben in % des Bruttoinlandsproduktes 1997
Belgien	30,9	28,5
Dänemark	43,7	31,4
Deutschland	14,6	29,9
Finnland	20,7/21,7	29,9
Frankreich	19,3	30,8
Griechenland		23,6
Großbritannien	20,7	26,8
Irland	29,9	17,5
Italien		25,9
Luxemburg	29,8	24,8
Niederlande	38,7	30,3
Österreich	20,1	28,8
Portugal	15,4	22,5
Schweden	24,7	33,7
Spanien	20,8-30,5	21,4

Quellen: Pierre Guibentif, Denis Bouget: Mindesteinkommen in der Europäischen Union – ein sozialpolitischer Vergleich, Lissabon 1997; Göran Therborn: Die Gesellschaften Europas 1945-2000, ein sozialpolitischer Vergleich, Frankfurt a.M. 2000

- Die **Wohlfahrtsstaaten lassen sich in drei Typen** einteilen (vgl. Esping-Andersen): den angelsächsischen-liberalen mit einer beschränkten Restabsicherung, den christdemokratisch-korporativen auf Verdienst beruhenden (Mittel- und Südeuropa) und den sozialdemokratisch-institutionellen Wohlfahrtsstaat (Skandinavien), wobei der Wohlfahrtsstaat der armen südeuropäischen Länder mit seinem geringeren Leistungsniveau auch als vierte Kategorie gesehen werden kann. Die verschiedenen sozialen Sicherungssysteme unterscheiden sich in der Finanzierungsform (Steuern, Beiträge, Versicherungsprämien), Organisationsform, im Umfang der abgedeckten Personenkreise und Risiken, im Ausgabenniveau sowie in der Ausgabenstruktur (Verteilung auf die einzelnen Leistungen wie Alter, Gesundheit, Arbeitslosigkeit etc.). Letztere beide hängen neben der Höhe der Leistungen pro Empfänger auch vom Ausmaß der Arbeitslosigkeit und der Altersstruktur der Bevölkerung ab.
- Die **Finanzierungsstrukturen** reichen vom dänischen Modell mit 75% vom Staat, und je um die 10% von den Sozialpartnern bis zum niederländischen Modell mit nur 16% staatlicher Beteiligung und fast 50% Arbeitnehmer- und 20% Arbeitgeberanteil. Dabei substituieren sich viele dieser Belastungen gegenseitig: Ist die Alterssicherung steuerfinanziert (wie etwa in Dänemark), so sinken scheinbar die Lohnnebenkosten im Vergleich zu einem System der Beitragsfinanzierung. In Großbritannien zahlen die Bürger Steuern statt Krankenversicherungsbeiträge und haben dafür Zugang zum nationalen Gesundheitsdienst.
- Auch in den **Arbeitsmarktstrukturen** unterscheiden sich die Länder Europas signifikant – nicht nur in den bekannten Arbeitslosenraten, sondern auch im Produktivitätswachstum, bei der Jahresarbeitszeit (Ausmaß der Teilzeitarbeit), der Erwerbsquote (Berufstätigkeit der Frauen) und der Altersstruktur. Entsprechend unterschiedlich entsteht Wachstum mal mehr durch höhere Pro-

Tabelle 4: Überblick zur Wirtschafts- und Sozialpolitik sozialdemokratischer Regierungen

Land	Geldpolitik	Fiskalpolitik	Arbeitsmarktpolitik	Sozialpolitik
Großbritannien Ursprungsland des „Dritten Wegs“	unabhängige Zentralbank, vorsichtig für Euro	solide/restruktiv	Lohnspreizung, aber: Mindestlohn	Investitionen in Erziehung und Gesundheit, „welfare to work“
Schweden das sozialdemokratische Modell schlechthin, reformiert, aber nicht aufgehoben	Unabhängigkeit	langfristig eher ausgeglichene Budgets	hohe Anteil der Beschäftigten im Staatssektor und die sehr aktive Vermittlungs- und Umschulungspolitik	Rentenreform, Beibehaltung der Karenztage
Dänemark erfolgreiches Solidarmodell	Unabhängigkeit	antizyklisch, aber: Defizite zeitlich und quantitativ begrenzt	maßvolle Lohnpolitik, Reduzierung des Arbeitsangebots (u.a. Frühverrentung, Freistellungen) und aktive Qualifizierungspolitik	Sozialleistungen gekürzt, aber: Lohnersatzleistungen hoch, Steuerfinanzierung
Niederlande „Dritter Weg“ <i>avant la lettre</i>	Hartwährungspolitik, pro Euro	sparsam	Lohnzurückhaltung (Wassenaar-Abkommen 1982), Flexibilisierung und mehr Teilzeitarbeit	Beschneidung der vorher sehr großzügigen und stark missbrauchten Regelungen, Mix von staatlicher Grundsicherung und privater Zusatzvorsorge
Frankreich staatsorientiert	pro Euro, aber für wachstumsorientierte Politik der EZB	keine keynesianische Politik mehr, aber Steuererhöhungen	Arbeitszeitverkürzung	nur beschränkte Reformen – abgesehen von einer Reform der Arbeitslosenunterstützung
Deutschland Reich der „neuen Mitte,“	pro Euro	Sparpolitik, Steuerreform, Ökosteuern	Programm Jugendarbeitslosigkeit, Bündnis für Arbeit	Rücknahme einiger konservativer Einschnitte, Rentenreform
Österreich Kontinuität des Wohlfahrtsstaates	Hartwährungspolitik, pro Euro	Konsolidierung für Maastricht und nach Rezession Mitte der 90er Jahre mit gerechter Lastenverteilung	keine großen Änderungen der erfolgreichen Politik	weiterer Ausbau des Wohlfahrtsstaates

duktivität, mal mehr durch verstärkten Arbeitseinsatz, wobei die Lohnhöhe den entscheidenden Einfluss auf die Verteilung dieser Faktoren ausübt.

Auf diesem Hintergrund kommen dann noch die jeweiligen **nationalen Präferenzen und politisch-ideologischen Traditionen und Grunddispositionen** in den Parteien zum Tragen. Bemerkenswert ist die Vielfalt der verfolgten Politiken besonders unter den (mit-)regierenden sozialdemokratischen Parteien. In der Opposition lassen sich auch weniger realistische Konzepte gut vermarkten; an der Macht muss sich aber das Programm in der gesellschaftlichen und ökonomischen Realität bewähren. Selbst die sozialdemokratische Regierungspolitik zeigt jedoch eine beeindruckende Vielfalt von Ansätzen.

Das Gewicht des Staates ging in fast allen Mitgliedstaaten zurück.

Viele Wege aus der Krise

In den zentralen Politikbereichen der **Wirtschafts- und Sozialpolitik** verfolgen die ein-

zelnen Parteien der europäischen Sozialdemokratie einen *policy mix*, der zwar einige Gemeinsamkeiten (z. B. die sparsame Fiskalpolitik), aber auch bezeichnende Unterschiede aufweist, z. B. in Spannbreite der Staatsquoten (1994: Irland unter 40% und Schweden über 70%) und dadurch bedingten Spielräumen und Ressourcen öffentlicher Politik. Geldpolitisch lag der wesentliche Unterschied zwischen den an der Währungsunion teilnehmenden Ländern und den davon unabhängigen Staaten Großbritannien, Schweden und Dänemark, die dadurch nach der Krise von 1992 ihre Wirtschaft auch durch Abwertung gegenüber dem ECU/Euro ankurbeln konnten.

Bis zum Jahr 2000 nahm sich der Staat in fast allen Mitgliedsländern (Ausnahmen: Portugal und Luxemburg) zurück, im Durchschnitt um 5% des Bruttozialproduktes (BSP). Im EU-Durchschnitt sank der Anteil von 51,3% 1994 auf 46,3% 2000. Der stärkste relative **Abbau der Staatsausgaben** fand in den skandinavischen Ländern (Schweden um 15%, Finnland um 13% des BSP) und in den Niederlanden (fast 9% des BSP) statt. Dort nahmen auch die Sozi-

Tabelle 5: Europas Fortschritte

Land	Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 1994 in %	Abbau des Staatsdefizits in % des BSP seit 1994	Durchschnittliches jährliches Wachstum seit 1996
Belgien	-1,5	4,6	+2,7
Dänemark	-3,8	1,5	+2,4
Deutschland	+0,2	2,5	+1,9
Finnland	-9,5	10,3	+4,7
Frankreich	-2,3	4,1	+2,7
Griechenland	+1,1	10,8	+3,5
Großbritannien	-3,8	7,7	+2,8
Italien	-0,5	7,5	+1,9
Irland	-9,6	3,4	+8,2
Luxemburg	-0,6	0	+5,2
Niederlande	-4,8	4,4	+3,6
Österreich	+0,2	2,7	+2,4
Portugal	-3,5	4,3	+3,4
Schweden	-3,5	13,2	+2,8
Spanien	-10,3	5,6	+3,5
EU	-2,8	5	+2,6

Quelle: Eurostat

ausgaben relativ zum BSP am stärksten ab, während sie in Deutschland und einigen anderen Ländern weiter zunahmen.

Die Politiken vieler Regierungen (nicht nur der Sozialdemokraten) trugen Früchte. **Im Jahr 2000 waren in Europa die Arbeitslosigkeit niedriger, die Staatshaushalte gesünder und relativ kleiner.** Tabelle 5 zeigt die Veränderungen gegenüber 1994. Beachtlich ist, dass es in vielen Ländern gelang, gleichzeitig das Gewicht der Staatsausgaben und das staatliche Haushaltsdefizit kräftig zu reduzieren und die Arbeitslosigkeit abzubauen. Hauptursache war das Anspringen des Wachstumsmotors in vielen Ländern, vor allem in den ärmeren Ländern Portugal, Spanien und Irland, aber auch in Skandinavien, den Niederlanden und dem ohnehin problemlosen Luxemburg. Griechenland hatte trotz der Wachstumserfolge Beschäftigungsverluste zu verzeichnen. Dieser Erfolg widerspricht der traditionellen sozialdemokratisch-keynesianischen

Der immer schärfere Politikwettbewerb in Europa läuft weniger über die Märkte als über die politische Öffentlichkeit.

Vermutung, Beschäftigung sei nur oder doch vor allem durch staatliche Mehrausgaben zu erzielen, während Sparpolitiken Arbeitsplätze vernichten. In Deutschland und Österreich stieg bei schwachem Wachstum die Arbeitslosigkeit erst einmal weiter an.

Zwar hat der Vertrag von Maastricht die Fiskal- und Geldpolitik der Eurokandidaten engen Begrenzungen unterworfen, aber die Vielfalt der zu beobachtenden Wege belegt, über welchen Spielraum die nationale Politik in den Kernbereichen sozialdemokratischer Interessen (Beschäftigung, sozialer Ausgleich) immer noch verfügt. **In diesen Bereichen ist der Politik-**

wettbewerb in Europa vielmehr stärker denn je. Eine kritische Öffentlichkeit von Medien, Wissenschaft, internationalen Organisationen und Wählern

vergleicht die nationalen Lösungsversuche und verteilt Noten an dafür immer empfindlichere Regierungen und Eliten. In der Währungsunion findet dieser Politikwettbewerb unter verschärf-

ten Bedingungen statt, da sie klassische Politikinstrumente entnationalisiert hat, gleichzeitig aber den Erfolgsvergleich erleichtert und die Konkurrenz intensiviert hat.

Bedarf es angesichts dieses Wettbewerbs überhaupt einer **Einigung der europäischen Sozialdemokraten**, um Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und Demokratie in Europa zu verwirklichen? Reicht nicht auch nach der Einführung des Euro und der Osterweiterung der nationale Handlungsspielraum dafür aus? Oder wäre es nicht einfacher, dafür zu sorgen, dass die europäische Ebene den nationalen Akteuren genug Spielraum lässt, statt die schwierige Geburt einer integrierten europäischen Strategie einzuleiten?

Das Projekt eines sozialen und demokratischen Europa ist hier oft ein Gefangener seiner eigenen Geschichte. Die bisherige Integration innerhalb der Union hat Bedingungen geschaffen, die die Steuerungsfähigkeit nationaler Politik reduzieren. Die **Selbstentmachtung nationaler Wirtschaftspolitik zugunsten von Märkten und supranationalen Institutionen** ist innerhalb der EU sicher am weitesten fortgeschritten, lässt aber noch erheblichen Raum für adäquate nationale Lösungen. Allerdings drohen Unterbietungswettläufe und Nullsummenspiele, wenn nicht europäische Regeln etabliert werden, die verhindern, dass Erfolge auf Kosten der Nachbarn/Konkurrenten erzielt werden.

4. Von der Standortkonkurrenz zum Politikwettbewerb

Im durch die **Globalisierung verschärften Wettbewerb auf allen Märkten** nehmen die Risiken für derartige Konflikte zu. Auch die Krisenstrategien der sozialdemokratisch regierten Mitgliedstaaten sind Teil eines komplexen Wettbewerbs, der die Bedingungen des eigenen Erfolgs ständig verändert.

Der regulierte Wettbewerb der Standorte im Binnenmarkt

Unternehmen und Standorte setzen eine Fülle von Maßnahmen und Mechanismen ein, um ihre Marktposition, ihren Ertrag und Gewinn zu steigern. Sie produzieren dabei ebenso Fortschritte wie problematische Externalitäten. Um letztere unter Kontrolle zu halten, haben Staaten und überstaatliche Organisationen eine Fülle von Regulierungen geschaffen, die die Unternehmen zwar meist belasten, aber auch schützen. Umgekehrt produzieren öffentliche Institutionen wichtige Inputs, die die Wettbewerbsfähigkeit steigern. Im positiven Sinne verbinden sie sich zur „systemischen Wettbewerbsfähigkeit“, im negativen Sinne entstehen Wettbewerbsverzerrungen, die zwar dem einzelnen Unternehmen zumindest kurzfristig Vorteile verschaffen, deren weitere Verbreitung aber schädlich ist. Die nationalstaatliche Ordnungspolitik beugt einer

ganzen Reihe der unten aufgelisteten Wettbewerbsverzerrungen und Marktversagen im nationalen Rahmen in der Regel vor, drückt aber gern eine Auge zu, wenn der Schaden jenseits der Grenzen anfällt. Gerade im Binnenmarkt der EU sind diese Probleme Gegenstand zahlreicher Regelungen (vgl. Kasten S. 13).

Neben dem Wettbewerb der mobilen Güter und Investitionen gibt es in Europa einen – wenn auch schwächeren – Wettbewerb der mobilen Bürger und Arbeitnehmer:

- als **Steuerzahler** versuchen vor allem reichere Bürger, ihren Wohnsitz an den Ort geringster Steuerbelastung zu verlegen;
- als **Sozialleistungsempfänger** versuchen sie, den realen Wert der erhaltenen Leistungen zu maximieren, weswegen nationale Sozialverwaltungen den „Export“ von Ansprüchen und Leistungen verhindern wollen (z.B. in der deutschen Pflegeversicherung, die an die Pfleger, nicht den Gepflegten ausgezahlt wird);
- als **Lohnempfänger** werden sie zu **Arbeitsmigranten**, die an die Orte mit besseren Löhnen und Beschäftigungschancen wandern – allerdings in der Regel nicht so viele, dass sich das Lohnniveau ausgleichen würde. Hier hat die EU mit der Entsenderichtlinie der Lohnkonkurrenz auch schon Schranken gesetzt.

Wettbewerbsrisiken und ihre Regelungen in der EU

- Unternehmen können versuchen, ihre Produkte zu verbilligen, indem sie die **Qualität senken**. Dies kann auch durch besondere Produktionsverfahren geschehen (z.B. Verwendung schlechterer Inputs). In dem Maß, wie dabei Verbraucher gefährdet werden, greifen staatliche Regelungen zum **Verbraucherschutz**. Aber dieser darf den Verbrauchern den Zugang zu nicht schädlichen, lediglich billigeren oder andersartigen Produkten nicht verwehren (z.B. nicht nach dem Reinheitsgebot gebrautes Bier). Hier muss der Markt wirken, wobei der Staat eventuell auf Transparenz (z.B. Etikettierung) zu achten hat. In diesem Bereich hat die EU seit 1992 den Wettbewerb im Binnenmarkt schon weitgehend geregelt.
- Komplizierter wird es, wenn Unternehmen Einsparungen durch Veränderungen im Produktionsprozess erreichen, die einen Teil der **Kosten externalisieren**, z.B. auf Kosten der Umwelt. Hier bedarf es **staatlicher Kontrollen**, die auch international abzustimmen sind, selbst wenn die Produktqualität nicht betroffen ist. Dieses Problem ist in der internationalen Handelspolitik besonders kritisch, da sie nur aufs Produkt bezogene Diskriminierungen zulässt. Der *acquis communautaire* begrenzt den europäischen Wettbewerb, indem er die schlichte Externalisierung von Kosten einschränkt.
- Die Senkung der **Arbeitskosten** ist ein zentrales Anliegen aller Unternehmen. Auch hier gibt es eine Fülle von (auch internationalen) Kontrollen, um schädliche Formen (Vernachlässigung von Gesundheit und Sicherheit, Kinderarbeit) zu verhindern oder zu begrenzen. Die Löhne sind teilweise durch Mindestlöhne nach unten gesichert. Die Arbeits- und Freizeit unterliegt gesetzlichen Mindeststandards und tarifvertraglichen Abmachungen. Seit 1957 steht in den Verträgen ein Artikel, der die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Ordnung über die bezahlte Freizeit beizubehalten (Art.120 EWGV). Zahlreiche weitere Vorschriften sichern Mindeststandards bei der Beschäftigung (Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz), die zumindest indirekt die Arbeitskosten erhöhen. Darüber hinaus können die Formen der Besteuerung, die Finanzierungsformen der sozialen Sicherung die Arbeitskosten beeinflussen.
- Schließlich versuchen die Beschäftigten durch ihre Vertretungen (Betriebsräte, Gewerkschaften etc.) ihre Löhne zu sichern und zu erhöhen und die Arbeitsbedingungen zu erleichtern. Alle diese gesellschaftlichen und staatlichen Konstellationen der **Arbeitsbeziehungen** sind daher wettbewerbsrelevant und im europäischen Binnenmarkt regelungsbedürftig. In der EU ist hier der Fortschritt trotz der (beschränkten) Einführung von Eurobetriebsräten sehr zögerlich (z.B. im EU-Unternehmensrecht).
- Ein klassisches Wettbewerbsproblem ist die **Vermachtung von Märkten** durch Dumping, Absprachen, Kartelle, Übernahmen und Fusionen, Monopolstellungen etc., die Gegenstand der nationalen und europäischen Wettbewerbspolitik sind.
- Nicht nur das all zu eigennützig Verhalten der Unternehmen, auch die ihnen oft zuarbeitende **staatliche Wirtschaftsförderung** schafft Probleme im Wettbewerb. Unmittelbar relevant sind finanzielle Subventionen (Zuschüsse, verbilligte Kredite etc.) oder Steuererleichterungen durch allgemeine Senkung der Unternehmenssteuern oder spezifische Begünstigungen (z.B. durch Abschreibungsregeln, Abzugsfähigkeit bestimmter Kosten etc.). Ähnlich wirksam sind aber staatliche Vorleistungen wie Infrastruktur oder verbilligte Inputs (z.B. Energie, Wasser). Eine staatliche oder europäische Kontrolle verhindert nicht nur Verzerrungen, sondern schützt Gemeinden, Länder oder Mitgliedstaaten davor, von potentiellen Investoren gegeneinander ausgespielt zu werden. Aber wo ist die Grenze zu ziehen? Bildung, Gesundheit, Forschung produzieren ebenfalls öffentliche Güter, die Unternehmen im Wettbewerb Vorteile schaffen. Hier entsteht das Umfeld **systemischer Wettbewerbsfähigkeit**, auf das moderne Standortpolitik abzielt.
- Schließlich kann auch die Wirtschaftspolitik eine „**beggar thy neighbour**“ Politik verfolgen, die ihre Beschäftigungsprobleme auf Kosten der Handelspartner lösen will. Sie kann versuchen, durch Zölle und Handelshemmnisse der nationalen Wirtschaft Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Dies ist in der EU gar nicht und weltweit immer weniger möglich. Aber Unterbewertung der nationalen Währung oder niedrigere Inflation erlauben immer noch Wettbewerbsvorteile auf den Außenmärkten. In dem Maß, wie die Wirtschaftspolitik dies durch Dämpfung der eigenen Nachfrage (restriktive Fiskal-, Geld- und Einkommenspolitik) versucht, kann sie einen schädlichen Wettbewerb auslösen, der letztlich weltweit die Nachfrage senkt. In der Währungsunion mag dieser **Merkantilismus** sinnlos erscheinen, bietet sich aber weiter an.

Der europäische Sozialraum in der Standortkonkurrenz

Zur **Verwirklichung eines sozialen Europa** ist diesen Problemen auf zwei Ebenen Rechnung zu tragen: nach außen und im Binnenmarkt.

- **Nach außen** erhoffen sich viele Sozialdemokraten, dass die große und daher weniger außenhandelsabhängige **Eurowirtschaft weniger verwundbar durch die Globalisierung** ist. Die EU hat auch mehr Gewicht als einzelne Mitgliedstaaten, um in den Verhandlungen der internationalen Wirtschaftsdiplomatie und in den entsprechenden Organisationen (WTO, IWF, etc.) ihre Interessen durchzusetzen. Sie kann dort für bessere Sozial- und Umweltstandards und eine wachstumsorientierte Lösung von Zahlungsbilanz- und Verschuldungskrisen eintreten. Aber sie bleibt verwundbar gegenüber den internationalen Finanzmärkten, deren „Verdikt“ schon den Kurs des Euro kräftig gedrückt hat. Euroland kann es sich aber eher leisten, den Wechselkursmechanismus sein Werk verrichten zu lassen. Die Abwertung verbessert die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, erhöht somit die Exporte und Beschäftigung, wenn auch um den Preis von terms-of-trade-Verlusten und Inflationsrisiken, die das Realeinkommen relativ senken. In der Tat könnte man dem Euroland eine merkantilistische Außenwirtschaftspolitik unterstellen (sparsame Fiskalpolitik, moderate Lohnpolitik, unterbewertete Währung). Vor allem im Falle einer Krise wäre Euroland eher als ein einzelner Mitgliedstaat in der Lage, konjunkturpolitisch gegenzusteuern. Die Geldpolitik ist ohnehin zentralisiert und die Fiskalpolitik könnte leichter koordiniert werden, wenn die einzelnen Finanzministerien nicht mehr um den Außenwert ihrer jeweiligen Währung bangen müssen und auch das Zinsrisiko sich in Grenzen hält. Letztlich wäre die EU auch in einer besseren Position als jedes einzelne Land, um sich **wirtschaftspolitische Souveränität wieder anzueignen**, die sie oder ihre Mitglieder in der langen Liberalisierungsphase seit 1970 zugunsten der Märkte oder internationaler Organisationen aufgegeben haben.
- Schwerer wiegt die Logik der **Standortkonkurrenz innerhalb der EU** und vor allem im Euroland mit seiner gemeinsamen Währung. In diesem Raum sind die Wechselkursrisiken, Transaktions- und Transportkosten deutlich niedriger als in der Weltwirtschaft, wo sie lokalen Anbietern weiterhin einen nicht zu unterschätzenden Schutz ge-

währen. Damit steigt die Sensibilität gegenüber wettbewerbsverzerrenden Aktivitäten, insbesondere seitens des Staates auf allen Ebenen. In dem Maße, wie sich die EU-Mitglieder in **Wettbewerbsstaaten verwandeln, die ihre Hauptaufgabe in der Sicherung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen und ihres Standortes sehen**, beginnt potentiell eine gefährliche Konfliktlage innerhalb der Union, vor allem wegen eines drohenden Unterbietungswettlaufs. Dieser Logik folgen die Staaten aber auch nicht beliebig. Beim Verkauf der UMTS-Lizenzen etwa belasteten einige Mitgliedstaaten die Unternehmen erheblich, was ihnen auch schon den Vorwurf von negativen Wettbewerbsverzerrungen einbrachte.

Aber: „**Konkurrenz belebt das Geschäft.**“ Es kann nicht Ziel der Politik sein, die Wettbewerbsbedingungen in einem Wirtschaftsraum einzuebnen. Die unterschiedlichen Voraussetzungen und entwickelten Fähigkeiten einzelner Standorte, Unternehmen und Menschen gilt es im Gegenteil zu entfalten - allerdings zum Nutzen möglichst aller. Der Erfolg der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung besteht darin, dass sie ständig die Produktivität durch Produkt- und Prozessinnovationen verbessert. Belastet man die Wirtschaft oder einzelne Unternehmen mit allzu vielen Auflagen und Kosten, so werden sie im Extremfall die Produktion einstellen. Das mag in Einzelfällen sogar wünschenswert sein, wenn die Externalitäten die Wertschöpfung übersteigen. Aber es wäre fatal, etwa von einem armen und weniger produktiven Mitgliedstaat der Union (auch von künftigen in Mittel- und Osteuropa) zu verlangen, dass dort die gleichen Löhne gezahlt, die gleichen Sozialleistungen verteilt und die gleichen Umweltauflagen erfüllt werden wie in den reichsten und produktivsten Volkswirtschaften. Der Aufholprozess verlangt geradezu, dass in der Übergangsphase die armen Standorte durch ihre geringen Kosten attraktiv sind.

Im Gegenteil: Die Regionalpolitik der meisten Länder und erst recht der EU sieht **Wettbewerbsverzerrungen zugunsten schwacher Standorte, Sektoren oder Unternehmen** ausdrücklich vor. Sie dürfen und sollen mit Subventionen, Steuererleichterungen, Infrastrukturvorleistungen unterstützt werden. Auf EU-Ebene wirft das Entscheidungsprobleme auf: Welche Empfänger sind berechtigt zu welchen Hilfen und wie lange? Welche Opfer soll ein reicher, daher nicht begünstigter Standort zugun-

Das merkantilistische Euroland importiert Beschäftigung.

sten potentieller Konkurrenten bringen? Zwar können auch Konsumenten in den reichen Regionen von einem billigen, da subventionierten Angebot aus armen Standorten profitieren, wenn es zu niedrigeren Preisen und nicht nur zu höheren Faktoreinkommen führt, aber sie bezahlen es eventuell mit dem Einkommensverlust der verdrängten eigenen Produzenten. Dieses Verteilungsproblem muss politisch gelöst werden, da es politisch produziert wird.

Die enge Verflechtung der nationalen Ökonomien (soweit man davon in Europa überhaupt noch sprechen kann) führt zwangsläufig dazu, dass Schritte eines Landes die Interessen eines anderen Landes rascher beeinflussen und Re-

aktionen und Konflikte auslösen, die politisch zu regeln sind. Aber einen Rückbau der wirtschaftlichen Integration kann man sich kaum vorstellen. Es bleibt also nur ein **besseres europäisches Management des Wettbewerbs**, wobei „besser, hier vor allem sozialer, aber auch demokratischer“ bedeutet. Erste Aufgabe dieses Managements muss es sein, zwischen tatsächlich durch Wettbewerb erzeugten Problemen und jenen zu unterscheiden, die die Rhetorik der Globalisierung und Standortkonkurrenz als internationale Probleme ausgibt, die aber tatsächlich hausgemacht sind und durch – wenn auch vielleicht schmerzhaft – Verteilungsentscheidungen im Lande gelöst werden können.

Eine klare Unterscheidung zwischen hausgemachten und wettbewerbsbedingten Problemen vermeidet Konflikte in Europa.

5. Steinige Wege zur Wohlfahrtsunion

Eine sozialdemokratische Strategie kann sich nicht auf das Management der Konflikte zwischen nationalen Strategien für mehr Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit in Europa beschränken. Denn die europäische Politik ist mehr als die Summe der nationalen Anstrengungen. Aber schon die Garantie nationaler Freiräume für eine Politik des sozialen Ausgleichs wäre ein wichtiger Beitrag zu einem sozialen Europa, das Wohlstand für alle unter den Bedingungen von Marktintegration und gemeinsamer Währung schafft. Eine solche „**Wohlfahrtsunion**“ muss zweierlei ermöglichen: **Wachstum und Verteilungsgerechtigkeit**, die sicherstellt, dass alle Bürger Europas an dem wachsenden Wohlstand teilhaben, vielleicht nicht im gleichen Umfang, aber doch so, dass möglichst wenige ausgeschlossen sind. Dies bedeutet, dass vor allem die Einkommen der ärmeren Europäer überdurchschnittlich zunehmen sollten, sowohl der armen Minderheiten in den reicheren Ländern, als auch der Mehrheit in den ärmeren Ländern. Damit würde man sich langfristig dem Ideal der **Chancengleichheit** etwas annähern.

Dabei bestimmt die **europäische Verteilung von Kapital und Arbeit** letztlich die Verteilung der Einkommens- und Lebenschancen, die in den folgenden Bereichen zu steuern sind, die unten ausführlich behandelt werden:

- Investitionen** sind geldpolitisch zu erleichtern und strukturpolitisch zu intensivieren,
- wobei ihre **regionale Verteilung** zu einem möglichst raschen Einkommensausgleich führen sollte,

- der von **Arbeitsmarktstrategien** abhängt, die oft Beschäftigung und Einkommen unterschiedlich bewerten,
- was unmittelbar die **sozialpolitische** Frage der Einkommen bei Nicht-Arbeit aufwirft.

a) Umworbene Investitionen

Wachstum entsteht angebotsseitig durch vermehrten und/oder produktiveren Einsatz von Produktionsfaktoren, vor allem Kapital und Arbeit. Dieses Angebot bedarf aber der Nachfrage in Form von Konsum, Investitionen und Exporten. Die wirtschaftspolitische Beeinflussung dieses Prozesses liegt in der **Währungsunion** inzwischen zu einem erheblichen Teil bei der **Europäischen Zentralbank**. Ihre Geldpolitik beeinflusst auf der Angebotsseite den Kapitaleinsatz und auf der Nachfrageseite vor allem die Investitionen und – über die Wechselkurspolitik – die Exporte.

Die europäische Politik versucht in erster Linie Wachstumsstörungen zu vermeiden. Die Währungsunion wird Wechselkursstörungen nach innen verhindern und nach außen abschwächen. Die nationale Fiskalpolitik hat unter dem Druck der Maastrichtkriterien und des Stabilitätspaktes ihre Defizite und die Verschuldung abgebaut. Die Lohnzuwächse lagen unter dem Produktivitätswachstum und wirkten daher eher deflationär. Beides hat die **Geldpolitik entlastet**, Zinssenkungen ermöglicht und Investitionen erleichtert, die Wachstum und Beschäftigung steigerten. Allerdings hat Euroland relativ wenig ausländisches Kapital angezogen.

Die Wohlfahrtsunion ist mehr als die Summe der nationalen Strategien für Wachstum und Gerechtigkeit.

Dafür ließ der schwächere Euro die Exporte anwachsen. Bedenklich könnte jedoch die schwache Binnennachfrage werden, vor allem, wenn der Exportboom nachlässt.

Nationale Wachstumsstrategien zielen vor allem darauf, den eigenen Standort für Investoren attraktiv zu gestalten. Fremde Arbeitskräfte werden dagegen meist erst bei erheblichen Engpässen angeworben. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik wollen die eigenen Arbeitskräfte besser nutzen (vgl. dazu „Beschäftigung ohne Verarmung“ S.17). Bei der Investitionsförderung gilt es, einen Wettbewerb zu verhindern, der Investoren lediglich durch niedrigere Steuern bestechen will, und eine öffentliche Politik zu unterstützen, die durch **effizienten Einsatz der Steuermittel** und durch **sinnvolle Regulierung** günstige Bedingungen für Investitionen und wettbewerbsfähige Produktion garantiert. Dazu bieten an unterschiedlichen Standorten in Europa verschiedene staatliche Ebenen die ganze Bandbreite öffentlicher Dienstleistungen und Güter von der Sicherheit über Gesundheit, Bildung, Forschung, Infrastruktur an. Die Standortkonkurrenz könnte einerseits dazu führen, dass diese öffentlichen Anbieter ihre Leistungen verbessern. Schon das im Binnenmarkt geöffnete staatliche Beschaffungswesen erlaubt den öffentlichen Auftraggebern Einsparungen. Andererseits werden die öffentlichen Anbieter versuchen, sich vor diesem Druck politisch zu schützen, vor allem, wenn sie in Konkurrenz zu privaten Anbietern, etwa aus anderen Mitgliedstaaten, treten.

Hier kommen **traditionelle und moderne Sozialdemokratie** am ehesten in Konflikt. Während die klassische Sozialdemokratie aus verschiedenen Gründen (ideologische Präferenz des öffentlichen Bereichs, Klientelbeziehungen zu dessen Beschäftigten und politischem Management) diesen Sektor schützen will, geht es den Vertretern des Dritten Weges im Sinne einer fortschrittlichen Regierungspraxis um die Reform des öffentlichen Dienstes mit mehr Kundenorientierung und Effizienz. Liberale erwarten, dass nur der Konkurrenzdruck den öffentlichen Sektor zu Reformen zwingt, und begrüßen da-

her den Wettbewerb im Euroland. Die Alternative wäre ein politischer Wettbewerb, in dem die demokratische Öffentlichkeit (Volksvertretungen auf verschiedenen Ebenen, Medien, zivilgesellschaftliche Organisationen, Kontrollinstanzen wie Rechnungshöfe, übergeordnete Behörden etc.) aufgrund der Kenntnis der in anderen Ländern erfahrbaren *best practice* Reformen durchsetzt. Werden öffentliche Dienstleistungen von privaten Anbietern in Konkurrenz zu öffentlichen erbracht und zu Marktbedingungen angeboten, so kann dies auch den Zugang marginaler Bevölkerungsgruppen erschweren, die entweder räumlich entfernt leben oder als Arme keine teuren Leistungen nachfragen können.

b) Solidarität der Regionen

Überlässt man die Qualifizierung von Standorten dem Wettbewerb, so stellt sich bald ein

Verteilungsproblem: Attraktive Standorte nehmen mehr Steuern ein, können damit bessere und zusätzliche Inputs bereitstellen oder ihre Steuern senken

und werden so noch attraktiver. So wünschenswert der Tugendkreis aus der Sicht des erfolgreichen Standorts ist, so problematisch mag die daraus resultierende räumliche Ungleichheit der Wirtschaftsentwicklung sein. Steuert die Union oder ein Mitgliedstaat im Interesse eines sozialen Ausgleichs gegen, so verzerrt er nicht nur den Wettbewerb, sondern muss sich auch fragen, ob er an den schwächeren Standorten nicht ein ineffizientes Angebot öffentlicher Güter (und die vielleicht dahinter liegenden Klientelinteressen) alimentiert, statt echte Entwicklung zu fördern (wie z.B. viele Jahre in Griechenland). Es sollte aber auch klar sein, dass nach erfolgreichem Aufholen die nun reicheren Standorte ihrerseits Solidarität mit den ärmeren Regionen zeigen und vom Empfänger zum Geber graduieren müssen. Vor allem beschäftigungspolitisch ist es kaum zu rechtfertigen, dass ausländische Investoren und Arbeitsmigranten noch mit EU-Geldern an Standorte wie z.B. das heutige Irland gelockt werden, die den Tugendkreis schon erreicht und ihr eigenes Arbeitspotential schon ausgeschöpft haben.

Europa braucht einen politischen Wettbewerb, der die staatlichen Vorleistungen durch Verbreitung der besten Erfahrungen optimiert.

Die Hilfe der reichen Regionen für die armen darf kein inner-europäischer Kuhhandel sein. Sie ist politisch nur durchzuhalten, wenn sie wirklich Erfolg verspricht.

Ein sozial gerechtes Europa, das **regionale Einkommensunterschiede reduzieren** will, muss für dieses Problem, das sich mit der Osterweiterung noch erheblich verschärfen wird, angemessene Lösungen entwickeln. Das Interesse der reicheren Länder und Regionen, Entwicklungsprozesse in den ärmeren zu fördern, ist besser zu erhalten, wenn die Fördermittel auch effektiv und effizient eingesetzt werden. Sie belasten in jedem Fall die produktiven Standorte mit Abgaben, verschaffen ihnen aber auch Absatzmöglichkeiten. Im Falle des Entwicklungserfolges treten konkurrierende Anbieter mit subventionierten Kostenstrukturen auf, wovon allerdings auch die Konsumenten an den reicheren Standorten profitieren. Im Falle dauerhafter Unterentwicklung ist mit Abwanderungsbewegungen aus den armen Regionen zu rechnen, die das Problem zwar partiell lösen, aber auch neue Anpassungsprobleme in den reichen Regionen schaffen.

Zwei strategische Alternativen stehen sich gegenüber:

- Eine **liberale** Politik würde einerseits dem Marktmechanismus trauen, der Arme in die reichen Regionen abwandern und Kapital in die armen Regionen strömen ließe. Dies setzt voraus, dass die Abwanderung den armen Regionen zumindest nicht schadet (kein *brain drain*) und dass die Kapitalrentabilität dort höher ist, aber mit dem Zustrom wegen sinkender Grenzerträge abnimmt. Der regionalen Wirtschaftspolitik obliegt es, ihre eigenen Probleme zu lösen – bei Strafe fortgesetzter Unterentwicklung. Der Politikwettbewerb in der Union übt in dieser Perspektive einen wohlthätigen Druck aus.
- Die **marktskeptische** Sicht würde vermuten, dass die Abwanderung der Region eher wichtiges, weil aktives und risikofreudiges Humankapital entzieht und die Kapitalrentabilität wegen der niedrigen Produktivität trotz geringerer Inputkosten nicht höher liegt und in vielen Fällen steigende Grenzerträge die Agglomeration von Produktion an erfolgreichen Standorte bewirken. Die Wirtschaftspolitik an armen Standorten krankt ebenso am Mangel an guten Leuten wie an Geldmangel. Aufgabe der Union wäre es, durch Hilfen die öffentliche Hand zu unterstützen und durch Harmonisierung den Politikwettbewerb zu begrenzen, gleichzeitig jedoch die Verbreitung „guter“ Politiken zu beschleunigen.

In der Währungsunion verlangen Aufholprozesse (d.h. überdurchschnittlich steigende Ein-

kommen) regional differenzierte Inflationsraten. Während früher die **Einkommensangleichung** vor allem durch Aufwertung der Währung des ärmeren Landes im Zuge der Entwicklung erfolgte, kann sie im Euroland nur durch höhere Inflation in der ärmeren Region geschehen. Diese ist geldpolitisch zu akkomodieren. In einer Währungsunion, deren Einkommensunterschiede im Zuge der Erweiterung noch dramatisch zunehmen, ist es für den sozialen Ausgleich entscheidend, dass diese Prozesse rasch verlaufen. Hilfen sollten mit Kontrollen und Anreizen verbunden sein, sie wirkungsvoll zu nutzen und nicht klientelistisch zu verteilen. Mehr Transparenz, demokratische Partizipation und die Vernetzung aller Beteiligten könnten diesen Gefahren vorbeugen. Lohnsubventionierung, die die Lohnkosten unter die Produktivität drückt, wäre besser als Kapitalsubventionierung, die arbeitsintensive Produktion behindert und eher korruptionsanfällig ist.

c) Beschäftigung ohne Verarmung

Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik tragen zum Wachstum bei, indem sie einerseits das Arbeitskräftepotential voll ausnutzen oder sogar vergrößern und andererseits die Arbeitsproduktivität steigern. Beide Komponenten können in Konflikt miteinander geraten. So können Hochlohnpolitiken das Produktivitätswachstum fördern, an dem dann aber vorzugsweise die Beschäftigten partizipieren. Gibt es nicht genug Hochlohnarbeitsplätze, so bleibt die Erwerbsquote relativ niedrig und/oder die Arbeitslosigkeit hoch. Niedriglohnpolitiken (wie z.B. in den Niederlanden) erlauben auch die Beschäftigung weniger produktiver Arbeitnehmer. Umgekehrt können Produktivitätszuwächse in Steigerungen teils des Prokopfeinkommens, teils der bezahlten Nicht-Arbeit/Freizeit umgesetzt werden, wobei sich dahinter wiederum eine kürzere Jahresarbeitszeit der Beschäftigten, höhere Arbeitslosigkeit, eine niedrigere Erwerbsquote oder eine andere Altersstruktur (hoher Anteil der Unter-15- und Über-65-Jährigen) verbergen kann.

Überhaupt ist Beschäftigung relativ leicht zu schaffen, wenn man die potentiellen Arbeitnehmer dazu bewegen kann, ein niedriges Einkommen zu akzeptieren. Will man jedoch gleichzeitig auch sozialen Ausgleich, so verändern sich die Optionen. Die **schmerzloseste Lösung ist, die Produktivität der Arbeitslosen durch Bildung so zu steigern**, dass sie für die Ar-

Aufholprozesse verlangen in der Währungsunion, regional eine erhöhte Inflation zuzulassen.

Das zentrale Dilemma besteht darin, mehr Beschäftigung zu schaffen, ohne die Einkommen zu senken.

Ja zum Wettbewerb um effizientes Staatshandeln, nein zum Wettlauf um weniger Solidarität!

beitgeber auch bei höheren Löhnen attraktiv sind. Eine andere Alternative ist der schwedische Weg der Beschäftigung im staatlichen Sektor der sozialen Dienstleistungen, wo die Produktivität weniger entscheidend ist als die gezielte Sozialisierung der Nachfrage. Bei einer großen Anzahl von Fällen, wo dies nicht möglich ist, muss man Wege finden, die Lage auch der zu einem (niedrigen) Markteinkommen Beschäftigten zu verbessern.

Drei **Optionen** seien hier kurz angesprochen:

- **steuerliche Umverteilung:** Schon heute sind die Steuersysteme progressiv, d.h. Reiche sollten mehr Einkommenssteuer als Arme bezahlen. Darüber hinaus haben viele Länder im Kontext der Arbeitsmarktpolitik eine negative Einkommenssteuer (oder vergleichbare Subventionen) eingeführt, die Beziehern niedriger Einkommen dieses so aufstockt, dass es über dem Niveau alternativer Einkommen (Sozialhilfe) liegt.
- **Stärkung der Marktmacht:** Die Knappheit der Arbeit lässt sich politisch durch Arbeitszeitbegrenzung in vielfacher Form erhöhen: längere Ausbildungszeiten, frühere Verrentung, kürzere Wochenarbeitszeit, mehr Urlaub. All dies senkt das Arbeitsangebot und verleiht den verbleibenden Anbietern mehr Marktmacht. Nach außen können Zuwanderungsbeschränkungen das Arbeitsangebot verringern. Wenn allerdings starke Gewerkschaften längerfristig die Löhne über den Produktivitätsfortschritt erhöhen, so können sie zwar die Einkommen der Beschäftigten steigern, aber eventuell um den Preis wachsender Arbeitslosigkeit.
- **Vermögensverteilung:** Die Verteilung zwischen Arbeit und Kapital wäre weniger umstritten, wenn die Besitzer nicht zwei unterschiedlichen Gruppen angehörten. Besäßen die Arbeiter so viel Kapital, dass die Erträge bescheidene Löhne kompensieren könnten, so stünden sie einer Umverteilung zugunsten des Kapitals aufgeschlossener gegenüber. Die Vermögensbildung der Arbeitnehmer vollzieht sich aber – wenn überhaupt – nur im Schnecken tempo. Gleichzeitig erben neue Kapitaleigner ohne Leistung riesige Vermögen. Eine radikale Erbschaftssteuer wäre ein wichtiger Schritt zur Herstellung von Chancengleichheit. Eine weitere Möglichkeit wäre eine Vermögensbesteuerung, die sich im Zeitalter globaler Kapitalmobilität auf immobiles Kapital (Grundstücke, Gebäude, Anlagen) konzentrieren müsste.

Während einige dieser Maßnahmen national ohne allzu große europäische Auswirkungen durchzuführen wären, würden andere sehr von einem **einheitlichen Vorgehen innerhalb der EU** profitieren. Vor allem im Steuerbereich droht schon heute ein Wettlauf. Soweit die Steuern erhoben werden, um öffentliche Zusatzinputs zur Produktion für den Markt zu finanzieren, könnte man darauf bauen, dass der Wettbewerb zwischen niedrigen Steuern und schlechter öffentlicher Infrastruktur einerseits und höheren Steuern und guter Versorgung andererseits einen Ausgleich schafft. Geht es um Solidarität mit den sozial Schwachen, so ist der trade off zwar in Form von sozialem Frieden vorhanden, aber voraussichtlich zu schwach. Eine Einkommenspolitik, die systematisch versucht, Wettbewerbsvorteile durch niedrige Lohnzuwächse, die deutlich unter Inflation plus Produktivität liegen und vielleicht sogar steuerlich kompensiert werden, zu erzielen, würde alsbald zu Konflikten führen. Die Beschränkung des Arbeitsangebots durch Zuwanderungskontrollen bedarf angesichts der Freizügigkeit innerhalb der Union auf jeden Fall einer europäischen Abstimmung.

d) Soziale Gerechtigkeit

Aus sozialdemokratischer Perspektive muss die angebliche **Belastung der Wettbewerbsfähigkeit** oder des Standortes durch hohe Löhne, insbesondere hohe Lohnnebenkosten, Steuern und Sozialleistungen besonders bedrohlich erscheinen. In der Währungsunion können solche allgemeinen Kostendivergenzen nicht mehr über Ab- und Aufwertungen kompensiert werden. Der EU-Wettbewerb vergleicht die Bruttonominallöhne in Euro, die die Arbeitskosten der Unternehmen bestimmen. Sie sind durch die Produktivität weitgehend vorgegeben. Den Beschäftigten muss aber das Nettorealeinkommen interessieren, das sich ergibt, wenn man davon Steuern und Vorsorgeaufwendungen abzieht und kostenlose öffentliche Dienstleistungen (Ausbildung, Gesundheit, etc.) hinzufügt und das eventuell niedrigere Preisniveau in schwächeren Regionen berücksichtigt. Diese öffentlichen Dienstleistungen stellen in den meisten Mitgliedstaaten den stärksten sozialen Umverteilungsmechanismus dar. Soziale Gerechtigkeit in Europa erfordert, eine Abwärtsspirale dieser Nettoreallöhne zu verhindern. Bruttonominal- und Nettorealeinkommen klaffen dann besonders stark auseinander, wenn die Lohnempfänger über ihre Steuern und Beiträge Leistungen für Dritte finanzieren (z.B. in Deutschland die

Kosten der Vereinigung) und verringern sich, wenn umgekehrt öffentliche Dienstleistungen durch Steuern finanziert werden, die alle (z.B. durch Verbrauchssteuern) oder gar überproportional die Reichen (z.B. durch Vermögenssteuer) zahlen.

Wie oben dargestellt, unterscheiden sich die sozialen Sicherungssysteme in Europa erheblich voneinander. Diese Vielfalt muss einer gerechten Wohlstandsverteilung aber nicht im Weg stehen. Der Anteil der Sozialausgaben am BSP steigt mit dem Prokopfeinkommen. Diese Korrelation ist für die Gesamtausgaben relativ eng, obwohl sie für einzelne Ausgabenkomponenten nicht nachzuweisen ist. Da Sozialausgaben die Wettbewerbsfähigkeit belasten können, wurde zur **Vermeidung eines Unterbietungswettlaufs** vorgeschlagen, den EU-Mitgliedstaaten einen Korridor (Busch) vorzugeben, indem sich die Sozialausgaben bewegen sollten, oder eine Untergrenze (Scharpf). Korridor und Untergrenze würden mit dem BSP ansteigen, womit ärmere Länder vor Wettbewerbsnachteilen geschützt werden, während den reicheren höheren Solidaritätspflichten nahegelegt werden. Eine solche Richtlinie kann allerdings kaum verbindlich sein, sondern eher im politischen Prozess als Druckmittel dienen. Zurecht werden Länder mit geringeren sozialen Problemen betonen, dass die geringen Ausgaben diesem Zustand entsprechen. Es ist kaum zu fordern, dass ein Land mit wenig Alten, Armen und Arbeitslosen ebensoviel ausgibt wie ein Land mit vielen. Aber eine Kürzung der Leistungen pro Empfänger wäre kein akzeptables Argument. So könnten die Sätze bezogen aufs nationale Durchschnittseinkommen angeglichen werden (zu den Unterschieden vgl. Tabelle 3, S. 9).

Letztlich geht es darum, welchen Umfang und welche Qualität an öffentlichen Gütern, Risiko-

vorsorge und sozialem Ausgleich sich eine Gesellschaft leisten kann und will. Sie muss es mit Umschichtungen beim Konsum und bei den Investitionen bezahlen, die aber durchaus die Produktivität (dank öffentlicher Zusatzinputs) und Lebensqualität (dank sozialen Friedens und Sicherheit) erhöhen können. Als Faustregel mag gelten, dass ärmere Länder relativ weniger für diese Zwecke aufwenden können als reiche. **Die Ausgestaltung der Systeme der Risikoversorge und innergesellschaftlichen Solidarität sollte national entschieden werden.** Ein internationaler Vergleich ist eigentlich nur bezüglich der **Effizienz der Systeme** sinnvoll, wenn also ein System gleiche oder bessere Leistungen bei geringeren Kosten als ein anderes erbringt. Die Form der Finanzierung und Organisation mag dabei eine Rolle spielen, wenn etwa mangelnde Kostentransparenz die Empfänger von Leistungen zu überhöhten Ansprüchen veranlasst oder klassische Missbrauchsrisiken wie *moral hazard* oder *free riding* ermutigt werden. Quantitativ könnte ein soziales Europa **Grenzen für die Differenz zwischen Bruttonominal- und Nettoealeinkommen** (im oben definierten Sinn) vorgeben, um einerseits einer wettbewerbsverzerrenden Realsubventionierung, andererseits einer realen Verarmung Schranken zu setzen.

Das Niveau der Sozialausgaben ist dabei weniger wichtig als die Art ihrer Finanzierung und die Verwendung. So ist das **Niveau nicht mit dem Ausmaß der Arbeitslosigkeit korreliert** – wie von liberalen Kritikern des Wohlfahrtsstaates gern unterstellt wird. Die Finanzierung durch einkommensbezogene Abgaben (wie in Deutschland) erhöht jedoch die Arbeitskosten, was vor allem die Nachfrage nach gering entlohnter und wenig produktiver Arbeit im Dienstleistungssektor verringert. Umgekehrt schaffen steuerfinanzierte öffentliche Sozialdienstleistungen Arbeitsplätze (z.B. in Skandinavien).

6. Mehrebenendemokratie wagen!

Angesichts der Unterschiede zwischen nationalen Problemstrukturen, Präferenzen und Politiken muss eine sozialdemokratische europäische Strategie **Freiräume für die einzelnen Akteure mit Sicherheiten gegen Nullsummenspiele und Unterbietungswettläufe verbinden**. Zentrale Vorgaben aus Brüssel sind dabei weniger gefragt als die intelligente Vernetzung von Entscheidungsträgern und Vertretern der Betroffenen auf allen Ebenen. Insofern stellen sich auch in der europäischen Mehr-

ebenenpolitik die Probleme, die im Zentrum der Debatte zum Dritten Weg bzw. zum modernen Regieren stehen: **das Verhältnis von Staat, Markt und Bürgergesellschaft**. Eine Skepsis gegenüber allzu direkter und breiter Einmischung des Staates verbindet sich dabei mit dem Wunsch nach mehr Verantwortung für die Bürger. Die Rückgabe der Verantwortung in die Gesellschaft setzt aber voraus, dass diese informiert ist und ihrerseits über Einflussmöglichkeiten verfügt – nicht nur gegenüber dem

Staat, sondern auch gegenüber den Märkten, und zwar über den Einfluss der sehr ungleich verteilten Kaufkraft hinaus.

Die Uneinigkeit innerhalb der europäischen Sozialdemokratie über die **Konstruktionsprinzipien einer europäischen Demokratie** (vgl. Tabelle 1, S. 6) reflektiert letztlich Unterschiede im Staatsaufbau und Demokratieverständnis und der europäischen Länder. Deutschlands Föderalismus weckt andere Erfahrungen und Interessen als die relativ junge und schwache Regionalisierung in Frankreich und Großbritannien. Bei der Demokratisierung Europas konkurrieren diese unterschiedlichen Grundverständnisse bei allen wichtigen Fragen: Verfassung, Grundrechte, Verhältnis von Legislative, Exekutive und Judikative, Kompetenzkatalog (Subsidiarität).

In der europäischen **Mehrebenenpolitik** komplizieren sich die Verteilungsstrukturen von Macht und Verantwortung weiter zwischen der Union, den Mitgliedstaaten und den Bürgern. Eine europäische Zivilgesellschaft existiert erst in bescheidenen Ansätzen. Der europäischen „Mehrebenen-demokratie“ fehlt der „demos“, das souveräne Volk. Umgekehrt kann auch kein Staatsvolk existieren, wo kein Staat ist, obwohl eine Unionsbürgerschaft schon einen ersten Schritt in diese Richtung darstellt. Die lang anhaltende Diskussion um Subsidiarität beklagt, wie schwierig es ist, eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen den Ebenen des europäischen Regierungssystems vorzunehmen.

In der konkreten Politikgestaltung haben sich die **Mitwirkungsmöglichkeiten** schon weiter entwickelt. Europäische Verbände arbeiten bei der Ausgestaltung der Regeln und Standards für den Binnenmarkt mit. Die Sozialpartner können europaweite sozialpolitische Regelungen erarbeiten, die dann unter bestimmten Bedingungen von der Kommission zu übernehmen sind. Die Union versucht zunehmend, Mitgliedstaaten nicht durch feste Beschlüsse, sondern durch Einbindung in Dialoge oder Instrumente wie das „neue offene Koordinierungsverfahren“ (Lissabon 2000), *benchmarking* und der kritischen Begleitung nationaler Aktionspläne einzubinden. Verwaltung und Politik der Mitgliedstaaten sind immer enger verzahnt und ihre Träger, die Bürokraten und Politiker einem *peer group pressure* ausgesetzt, der oft – wie z.B. im Falle FPÖsterreichs – schmerzhaftere Sanktionen ausübt, als es EU-Recht und -Institutionen an sich erlauben.

Von unten wären die **Rechte und Einwirkungsmöglichkeiten der EU-Bürger** zu sichern und

zu stärken. Dem könnte eine **Grundrechtecharta** dienen, die allerdings dann auch die EU selbst und die Mitgliedstaaten binden müsste. Für eine soziale Ausgestaltung der Integration wären dabei vor allem entsprechende Rechte wie z.B. Koalitions- und Streikrecht oder menschenwürdige Mindestversorgung von Bedeutung. Soziale Rechte sollen die Schwachen und Ausgeschlossenen auch vor der in einer Demokratie möglichen „Diktatur“ der sozial besser gestellten Mehrheit schützen. In der liberalen Tradition dienen Rechte dazu, den Bürger vor dem Staat zu schützen. Die Rechte der schwächeren Marktteilnehmer gegen die stärkeren sind dagegen unterentwickelt. Dabei geht es einmal um die Konsumenten auf den Produktmärkten und zum anderen um die Arbeitnehmer gegenüber den Unternehmen:

- Der Schutz der **Konsumenten** beruht sich überwiegend auf dem Wettbewerb oder staatlichen Mindeststandards. Ohne ins amerikanische Extrem der Produkthaftung zu verfallen, wären mehr Transparenz von Produkteigenschaften (einschließlich Produktionsbedingungen) hilfreich, die es den Konsumenten erlauben zu entscheiden, ob sie bestimmte Risiken eingehen und welchen Preis sie für ein saubereres oder sozialeres Gut bezahlen wollen. Diese Transparenz könnten öffentliche oder zivilgesellschaftliche Institutionen und Organisationen herstellen, wobei Produzenten für die von ihnen behaupteten Produkteigenschaften haften müssten.
- Bei der Sicherung der Rechte der **Arbeitnehmer** hat es in den 90er Jahren einige langsame Fortschritte gegeben wie etwa die Entsenderichtlinie oder die Vorschriften zu den europäischen Betriebsräten. Viele europäische Länder kennen auch Mindestlöhne, die man auch in der EU einführen könnte – allerdings nach Entwicklungsniveaus differenziert.

Die immer noch entscheidenden Machtfragen liegen im **Verhältnis von Union und Mitgliedstaaten**. Manche Sozialdemokraten hoffen, über die Union Mitgliedstaaten zur Übernahme einer sozialeren Politik zwingen zu können. Andere befürchten, dass die Integration einen Politikwettbewerb eröffnet, der einen Unterbietungswettbewerb herbeiführt. Selbst bei der Einführung von Mindeststandards gibt es Bedenken, dass sie Länder mit höheren Standards zur Absenkung auf das vorgeschriebene Minimalniveau veranlassen könnten. Betrachtet man einzelne für die Wohlfahrtsunion wichtige Politikfelder, so ergibt sich ein gemischtes Bild (siehe Kasten):

In der europäischen „Mehrebenen-demokratie“ fehlt der „demos“, das souveräne Volk.

Wichtige Politiken im Spannungsfeld von Union und Mitgliedstaat

- In der **Konjunkturpolitik** hat der Wachstums- und Stabilitätspakt den Zentralismus und die deflationäre Ausrichtung der Geldpolitik in die Fiskalpolitik verlängert. So vorteilhaft sich diese Entscheidungsstruktur in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ausgewirkt hat, so bedenklich könnte sie im Falle einer klassischen Depression sein. Immerhin blieb die Fiskalpolitik unter Kontrolle des ECOFIN, der sich aus gewählten und damit verantwortlichen Politikern zusammensetzt. Hier käme ergänzend oder auch übergeordnet eine europäische „Wirtschaftsregierung“ in Frage, die sich stärker dem Wachstum als der Inflationsbekämpfung verpflichtet fühlen würde. Wichtig wäre ein wirtschaftspolitisches Instrument, das regional konzentrierte Nachfrageausfälle korrigieren könnte. Diese Aufgabe bleibt den Mitgliedstaaten überlassen. Falls diese als ganze betroffen sind, könnte ECOFIN nur auf seine Sanktionen gegen eine expansive Fiskalpolitik verzichten, nicht jedoch seinerseits dem betroffenen Land Transfers gewähren (außer im Fall einer Zahlungsbilanzkrise).
- In der **Steuerpolitik** wehren sich die Mitgliedstaaten gegen eine Harmonisierung. Dabei droht bei der Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen, dass sich die Steuerpflichtigen oder ihr Kapital in den jeweils günstigsten Mitgliedstaat bewegen. Selbst wenn man sich nicht zu einer Vereinheitlichung entschließen kann, wäre mehr Transparenz nützlich, die öffentlich macht, wessen und wie viel Einkommen und Vermögen sich auf diese Weise der Besteuerung im Heimatland entzieht. Eine solche Öffentlichkeit würde langfristig politischen Druck entfalten, der entweder das Verhalten der Steuerpflichtigen selbst oder die Politik der sie schützenden Staaten im Sinne einer Re-Inklusion der Reichen verändert.
- In der **Beschäftigungspolitik** sieht der Amsterdamer Vertrag eine Koordination der nationalen Politiken vor, wobei die Mitgliedstaaten zu regelmäßigen Berichten verpflichtet sind, die u.a. die Umsetzung der europäischen Leitlinien überprüfen. Die in Luxemburg 1997 und in Cardiff 1998 verabschiedeten Leitlinien sind eher vage und beim Gipfel in Köln 1999 lehnten es die Mitgliedstaaten ab, sich auf überprüfbare quantitative Ziele festlegen zu lassen. In der Tat müssten derartige Ziele sehr komplex formuliert werden, um trade-offs zwischen gesellschaftlichen Zielen wie Beschäftigung, Freizeit und Einkommen zu berücksichtigen. Besser ist da ein offener Prozess, der zwar mit *benchmarking* und Diffusion von *best practice* in Teilbereichen arbeitet, aber die gesellschaftspolitischen Zielsetzungen den jeweils Betroffenen überlässt. Das bedeutet auch, dass zivilgesellschaftliche Gruppen, insbesondere die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, einzubeziehen sind, wie es in vielen nationalen Dialogstrukturen („Bündnis für Arbeit“) auch schon geschieht.
- In der **Sozialpolitik** beschränkt sich die EU weitgehend auf einige enge Bereiche wie Arbeitsschutz, Gleichstellung u.a. sowie die Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an die Freizügigkeit in der EU. Das zentrale Thema Armut und Einkommensverteilung taucht praktisch erst seit 1998 auf. Auf dem Lissaboner Gipfel 2000 beschloss die EU Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung. Das Aktionsprogramm sieht vor allem Studien, bessere Statistiken und verstärkten Austausch zwischen den Mitgliedstaaten, insbesondere der Vernetzung von Interessengruppen, vor. Auch in diesem Feld folgt die EU einem Ansatz informeller Prozesse. Was noch völlig fehlt, ist die Thematisierung der Vermögensverteilung und ihrer Korrektur im Sinne einer Annäherung an langfristige Chancengleichheit.
- Die **Regionalpolitik** der EU ist seit langem der Kampfplatz nationaler Haushaltsinteressen, bei dem es mehr um Rückflüsse aus dem EU-Budget als um eine sinnvolle Förderung geht. Da der Entwicklungserfolg überwiegend vom Verhalten der lokalen und regionalen Akteure (Politik, Unternehmen, Mesoebene von Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen) abhängt, sollten sie die Hauptverantwortung übernehmen, aber auch einem starken Politikwettbewerb ausgesetzt werden. Aufgabe übergeordneter Instanzen wäre es lediglich, sicher zu stellen, dass dieser Wettbewerb kein Unterbietungswettlauf ist, sondern ein kompetitives Bemühen um bessere Organisation, höhere Produktivität, schnellere Anpassung. Wie immer man es letztlich sieht, man sollte die schwächeren Standorte nicht aus der Verantwortung entlassen. Verantwortung setzt aber auch **Macht und Handlungsspielräume auf lokaler Ebene** voraus, die in vielen Ländern der Zentralstaat an sich gerissen hat.

Ein demokratischeres Europa ist ein dezentralisiertes Europa, in dem Subsidiarität ernst genommen wird, da die Behandlung einer Aufgabe auf der bürgernächsten Ebene die meiste Mitsprache ermöglicht. Es ist auch ein flexibles Europa, in dem sich gleichgesinnte zusammenschließen, um gemeinsame Interessen auch dort zu verfolgen, wo ein europaweites Vorgehen angesichts struktureller Unterschiede nicht sinnvoll ist. Aber gerade ein soziales Europa braucht auch starke Instanzen europäischer Politik, um zu verhindern, dass lokale Lösungen auf Ko-

sten der sozial Schwächeren dort oder anderer Regionen und Länder realisiert werden. Dem ist in erster Linie mit der Herstellung europäischer Öffentlichkeit entgegenzutreten. Diese Öffentlichkeit muss dann in einem demokratischen Prozess entscheiden, wo durch bindende staatliche Regelungen dem Handeln der gesellschaftlichen Akteure Grenzen vorzugeben sind und wo der Druck der demokratischen Öffentlichkeit ausreicht, Wege in ein soziales Europa zu öffnen.

Name: _____

Anschrift: _____

▶ Bitte die Anzahl der gewünschten Broschüren angeben

Noch lieferbare Titel

Nr. 33 (1995) Jörg Meyer-Stamer:
Industriepolitik in der Europäischen Union:
Alte Dilemmata und neue Optionen
(deutsch englisch
vergriffen) PuMa 1817

Nr. 34 (1995) Alfred Pfaller: Optionen zur
Überwindung der Massenarbeitslosigkeit
 PuMa 1646

Nr. 35 (1995) Eckhard Lübke/Meier/Oliver
Thranert: NATO, OSZE und europäische
Sicherheit
(deutsch englisch
vergriffen) PuMa 1845

Nr. 36 (1996) Michael Dauderstädt: Europa
und Nordafrika: Mehr Paranoia als
Partnerschaft
 PuMa 1747

Nr. 43 (2000) Andreas Wittkowsky: Stabilität
durch Integration? Südosteuropa als
Herausforderung für die Europäische Union
deutsch englisch
vergriffen PuMa 3227

Titel, die im Volltext im Internet abrufbar sind:
**DIGITALE BIBLIOTHEK DER FRIEDRICH-
EBERT-STIFTUNG:**
http://www.fes.de/library/index_gr.html

Nr. 28 (1993) Karl-Dieter Keim/Peter Busch: Stadt
2000 - Metropolen- und Großstadtentwicklung

Nr. 24 (1993) Reiner Luyken/Christof Riegert:
Europäische Agrarpolitik - Elemente für ihre
Reform

Nr. 39 (1998) Petra Radke, Wiebke Störmann,
Astrid Ziegler: Frauen auf dem europäischen
Arbeitsmarkt - Was brachte der Beschäfti-
gungsgipfel?

Nr. 40 (1998) Uwe Roth: Gen-Welten. Dürfen wir
wissen, was wir essen? Zum Diskussionsstand
der europäischen Etikettierungsdebatte

Nr. 41 (1999) Stefan Bach: Steuerpolitik in Europa
zwischen Wettbewerb und Harmonisierung.
Perspektiven nationaler und europäischer
Steuerpolitik in der Europäischen Wirtschafts- und
Währungsunion

Nr. 42 (1999) Michael Dauderstädt: Der Kirchturm
und sein Horizont. Identität und Grenzen Europas

▶ Falls gewünscht: Ich bitte um Aufnahme in den Verteiler DEUTSCH ENGLISCH

Stand: 6. Dezember 2000

Die Reihe Eurokolleg greift aktuelle Sachfragen des europäischen Einigungsprozesses auf. Ziel ist es, Problematiken und Politikoptionen von komplexen europäischen Sachverhalten zu diskutieren.

Die **Reihe Eurokolleg** greift aktuelle Sachfragen des europäischen Einigungsprozesses auf. Ziel ist es, Problematiken und Politikoptionen von komplexen europäischen Sachverhalten zu diskutieren.

Diese Eurokolleg-Broschüre basiert u.a. auf den Ergebnissen der Veranstaltung „A Social Democratic European Policy: Constraints, Conflicts, Challenges“, die die Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen mit der Alfred-Mozer-Stiftung und der Wiardi-Beckman Stiftung am 15. Juni 2000 in Bonn organisiert hat.

Der **Autor**, Michael Dauderstädt, ist Leiter des Referats Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn

Bezug kostenlos durch: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Internationaler Dialog, Eva Meiners, 53170 Bonn,
Fax 0228-883538

Redaktion: Anne Seyfferth, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Internationaler Dialog, 53170 Bonn,
Internet: <http://www.fes.de>

Copyright: Friedrich-Ebert-Stiftung

Druck: Druckerei Plump, Rheinbreitbach

ISSN: 0939-7493

ISBN: 3-86077-949-4